



Baden-Württemberg

INNENMINISTERIUM  
PRESSESTELLE

19. Mai 2015

**Gemeinsame Pressemitteilung des Gemeindetags Baden-Württemberg und des Innenministeriums Baden-Württemberg anlässlich der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Mitgliedsstädte und -gemeinden des Gemeindetags Baden-Württemberg ab zirka 10.000 Einwohnern (AG 10.000)**

## **Gemeindetag, Landesregierung und Polizei setzen Zusammenarbeit gegen Einbruchsdiebstahl fort**

Nachdem die Kommunalen Landesverbände und das Land Baden-Württemberg Anfang April dieses Jahres eine Sicherheitspartnerschaft vereinbart haben, setzen der Gemeindetag und das Innenministerium ihre Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Einbruchsdiebstahls fort. Bei der heutigen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Mitgliedsstädte und -gemeinden des Gemeindetags ab zirka 10.000 Einwohnern (AG 10.000) diskutierten Oberbürgermeister und Bürgermeister aus ganz Baden-Württemberg in Neuhausen auf den Fildern mit dem Vertreter des Landes Dr. Herbert O. Zinell, Ministerialdirektor im Innenministerium, über die einzelnen Maßnahmen, die im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft vereinbart wurden. „Wesentliche Säulen unseres Bekämpfungskonzeptes zielen auf die Kooperation mit den Bürgerinnen und Bürgern und auf ein gemeinsames Vorgehen mit den Kommunen“, bekräftigte Zinell. Flankiert wurde der Ministerialdirektor vom ranghöchsten Kriminalbeamten in der Polizei des Landes, Landeskriminaldirektor Martin Schatz, der die landesweiten Bekämpfungsansätze vorstellte. „Wir setzen auf einen Dreiklang von Kontrolldruck, Prävention und Repression. Damit haben wir 2014 die Aufklärungsquote um drei Prozent erhöht, in den vergangenen Wochen hat die Polizei weitere Erfolge erzielt“, unterstrich Schatz.

Jochen Müller, Bürgermeister in Korb (Rems-Murr-Kreis) und Vorsitzender der AG 10.000, wies auf die ungebrochene Brisanz des Themas hin: „Die Zahl der Wohnungseinbrüche liegt weiter auf hohem Niveau. Wir als Bürgermeister erleben die zunehmende Verunsicherung der Bevölkerung tagtäglich vor Ort und begrüßen deshalb die Initiative, die der Gemeindetag ergriffen hat. Der Schulterschluss von Kommunen, Land und der Polizei ist ein starkes Symbol, die Umsetzung von praktischen Maßnahmen ist jedoch noch wichtiger. Wir müssen vor Ort Aktionen und Maßnahmen mit der Polizei durchführen, um die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, was sie selbst tun können, damit ihre Häuser und Wohnungen so einbruchssicher wie möglich werden.“ Über einzelne Maßnahmen und die praktische Zusammenarbeit von Polizei und Kommunen berichteten deshalb auch Polizeivizepräsident Hans Becker vom Polizeipräsidium Heilbronn und Paul Mejzlik, Kriminaloberkommissar bei der Polizeidirektion Esslingen. Die Polizei setzt dabei auch auf die Unterstützung der Bürgerschaft und ist selbst verstärkt vor Ort präsent, z.B. in Form von

Beratungsstellen für Bürger. Die Bürger werden über lokale Medien informiert, die Polizei bietet darüber hinaus Veranstaltungen für spezielle Zielgruppen wie Senioren an oder schreibt, wie am Beispiel einer Gemeinde geschildert, alle Haushalte an.

Gemeindetagspräsident Roger Kehle sicherte den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern die weitere Unterstützung des Gemeindetags zu. Die beim Sicherheitsgipfel beschlossenen Maßnahmen seien zwar ein erster, wichtiger Schritt bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität, sie reichten aber bei weitem nicht aus. Kehle erneuerte seine Forderung an die Landesregierung, das Personal bei der Polizei aufzustocken. Dieses müsse vor allem im Bereich der Einbruchsbekämpfung eingesetzt werden, aber auch in der Präventionsarbeit. Hier seien alle im Land regelmäßig durchgeführte und zielgruppenorientierte Informations- und Aufklärungsveranstaltungen der Polizei für die Bürger wichtig, wie von den Polizeivertretern bei der Tagung beispielhaft vorgestellt.

Der Gemeindetagspräsident bedauerte außerordentlich, dass Baden-Württemberg die von Bayern ausgehende Bundesratsinitiative nicht unterstützt habe, die ein schärferes Vorgehen gegen Wohnungseinbrecher vorsah: „Wir werden nicht locker lassen und uns dafür einsetzen, dass Polizei und Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit die Einbruchszahlen signifikant sinken und die Täter ihre gerechte Strafe erhalten.“

Ministerialdirektor Zinell wies darauf hin, dass die Landesregierung zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs im Nachtragshaushalt 2015/16 der Polizei 226 Personalstellen mehr zur Verfügung stellt als geplant und 2017/18 eine Einstellungsoffensive mit insgesamt 2.800 Ausbildungsplätzen starten wird.

#### **Hintergrund AG 10.000 und Gemeindetag Baden-Württemberg**

*Die Arbeitsgemeinschaft der Mitgliedsstädte und -gemeinden des Gemeindetags Baden-Württemberg ab zirka 10.000 Einwohnern (AG 10.000) trifft sich zweimal jährlich zur Diskussion und Koordination von Themen, die größere Kommunen im Gemeindetag besonders betreffen. Vorsitzender der AG 10.000 ist seit Mai 2013 Jochen Müller, Bürgermeister in Korb (Rems-Murr-Kreis).*

*Mit 1.057 Mitgliedsstädten und -gemeinden, die insgesamt 6,9 Millionen Einwohner (64 % der Landeseinwohner) haben, ist der Gemeindetag größter kommunaler Landesverband. Er vertritt die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber Landtag, Landesregierung und Öffentlichkeit. Darüber hinaus informiert und berät der Gemeindetag seine Mitgliedsstädte und -gemeinden.*

Für Fragen stehen Ihnen zur Verfügung:

Kristina Fabijancic-Müller, Pressesprecherin Gemeindetag Baden-Württemberg  
Tel.: 0711 22572-34, E-Mail: [kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de](mailto:kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de)

Andreas Schanz, Leiter der Pressestelle des Innenministeriums Baden-Württemberg  
Tel.: 0711 231-3030, E-Mail: [pressestelle@im.bwl.de](mailto:pressestelle@im.bwl.de)